

Gemeinsam für Olympische und Paralympische Spiele in Deutschland – Rückenwind aus Nord-rhein-Westfalen nutzen

Drucksache 18/20421 · eingebracht 2026-07-07 – Antragsteller:

CDU

SPD

GRÜNE

FDP

Sport

Demokratie

Inklusion

Nachhaltigkeit

ZUSAMMENFASSUNG

Der Antrag begrüßt die breite gesellschaftliche Unterstützung für eine deutsche Olympia-Bewerbung mit NRW als Kernregion und betont Chancen für Sport, Infrastruktur, Inklusion und internationale Sichtbarkeit.

KERNFORDERUNGEN

- Demokratische Legitimation durch Ratsbürgerentscheide mit 66 % Zustimmung
- Verankerung der Olympischen Charta mit Menschenwürde und Anti-Diskriminierung
- Fokus auf Paralympics als Motor für Inklusion und Barrierefreiheit
- Hinweis auf Nachhaltigkeitskonzept und UN-Ziele
- Betonung von Wirtschafts- und Standortvorteilen

BEWERTUNG

6.0/10

GEMEINWOHL-SCORE

Unterstützen mit Änderungen

Der Antrag betont Demokratie (Transparenz & Mitbestimmung), Inklusion (Menschenwürde, soziale Gerechtigkeit) und Nachhaltigkeit (UN-Ziele), was positive Bezüge zu D1, D4, D5 und E3 herstellt. Allerdings fehlt jede konkrete Verankerung in gemeinwohlökonomischen Strukturen: Keine Erwähnung von Tariftreue bei Aufträgen (A2), keine Verpflichtung zur Gemeinwohl-Bilanzierung für Ausrichter oder Lieferanten (A1), keine klare Priorisierung gemeinwohlorientierter Wirtschaftsformen (B1/B2). Die Fokussierung auf Großveranstaltungen ohne Risikoanalyse zu Spekulation, Preistreiberei oder sozialem Ausschluss schwächt die Solidaritätsebene (B3, D2).

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

Stärken

- Breite demokratische Legitimation durch Ratsbürgerentscheide
- Klare Verbindung von Paralympics und Inklusion
- Bezug zur Olympischen Charta und Menschenwürde
- Interfraktionelle Einigkeit in einem polarisierten Parlament

Schwächen

- Keine Verankerung in Gemeinwohlökonomie-Kriterien
- Fehlende soziale und ökologische Mindeststandards für Aufträge und Bauvorhaben
- Keine Risikoanalyse zu Kostenexplosion, Verschuldung oder Folgekosten für Kommunen

GWÖ-MATRIX 5x5

	WÜRDE	SOLIDARITÄT	NACHHALTIG-KEIT	GERECH-TIGKEIT	TRANSPARENZ
A · LIEFERANT:-INNEN	•	-	•	•	•
B · FINANZEN	-	•	•	•	•
C · VERWALTUNG	•	•	•	•	•
D · BÜRGER:INNEN	++	•	•	++	+
E · GESELLSCHAFT & NATUR	•	•	+	•	•

++ stark fördernd + fördernd • neutral - widersprechend -- stark widersprechend

SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

D1 Menschenwürde im Sport Bewertung: +4

Bezug zu Olympischer Charta, Achtung der Menschenwürde, Anti-Diskriminierung

D4 Soziale öffentliche Leistung Bewertung: +4

Inklusion, Barrierefreiheit, gesellschaftlicher Zusammenhalt durch Paralympics

D5 Transparenz & Mitbestimmung Bewertung: +3

Ratsbürgerentscheide als demokratische Legitimation, Transparenz gefordert

E3 Ökologische Nachhaltigkeit über Grenzen Bewertung: +2

Bezug zu UN-Nachhaltigkeitszielen, kompaktes Konzept

A2 Tariftreue bei Beschaffung Bewertung: -3

Keine Verpflichtung zur Tariftreue bei Olympia-Aufträgen erwähnt → Risiko für Lohndumping

B1 Gemeinwohlorientierte Finanzpolitik Bewertung: -2

Keine Verankerung von Gemeinwohl-Kriterien in Haushaltsplanung oder Fördermittelvergabe

CDU

ANTRAGSTELLER:IN

WAHLPROGRAMM

9/10

Der Antrag spiegelt Kernpositionen des CDU-Wahlprogramms wider: 'Sportland Nummer 1', Förderung von Großsportveranstaltungen, Infrastrukturmodernisierung, Sicherstellung der Sportstättenqualität sowie Betonung von Fairness, Leistung und Verantwortung im Sport. Die Verbindung zu 'Sicher, nachhaltig, solidarisch und stark' ist klar erkennbar.

„Nordrhein-Westfalen: Sicher, nachhaltig, solidarisch und stark“

CDU NRW Wahlprogramm 2022, S. 3

PARTEIPROGRAMM

8/10

Das CDU-Grundsatzprogramm betont Sport als Träger von Toleranz, Fairness und Verantwortung — und verbindet ihn mit friedlichem Miteinander. Der Antrag greift diese Werte auf, bleibt aber hinter der expliziten Verankerung von Ehrenamt und bürokratiefreier Sportförderung zurück.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

SPD

ANTRAGSTELLER:IN

WAHLPROGRAMM

8/10

Der Antrag unterstützt SPD-Kernziele: Barrierefreiheit, Inklusion (Paralympics), Investition in Sportstätten, Stärkung des Breiten- und Schulsports. Er entspricht auch der Zielsetzung 'NRW als Sportland Nummer Eins stärken'. Allerdings fehlt die klare Verknüpfung mit sozialer Gerechtigkeit (z. B. Landesmindestlohn für Veranstaltungsmitarbeiter) oder Tariftreue bei Vergaben.

„Nordrhein-Westfalen als Sportland Nummer Eins STÄRKEN“

SPD NRW Wahlprogramm 2022, S. 99

PARTEIPROGRAMM

7/10

Das Hamburger Programm betont Solidarität, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit als Grundwerte. Der Antrag berührt Solidarität (Völkerverständigung) und Nachhaltigkeit (UN-Ziele), vernachlässigt aber explizit soziale Gerechtigkeit als Verteilungsfrage — etwa bei Arbeitsbedingungen im Eventbereich oder Zugang zu Sport für benachteiligte Gruppen.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

WAHLPROGRAMM

7/10

Der Antrag greift grüne Kernthemen auf: Paralympics als Inklusionsmotor, Bürgerbeteiligung (Ratsbürgerentscheide), Nachhaltigkeit (UN-Ziele), Verkehrswende-Impulse. Allerdings fehlen konkrete grüne Forderungen wie Solarpflicht auf Olympia-Stadien, 30%-Naturschutz bei Flächenneuausweisung oder ein klares Bekenntnis zur Postwachstumslogik — stattdessen wird Wachstumspotenzial ('Wirtschaftsstandort') betont.

„Wir bilden mit einem Sportfördergesetz die Grundlage dafür, dass alle Menschen in NRW die Möglichkeit haben, entsprechend ihren Wünschen und Fähigkeiten Sport zu treiben.“

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW Wahlprogramm 2022, S. 117

PARTEIPROGRAMM

6/10

Das Grundsatzprogramm fordert planetare Grenzen, sozial-ökologische Transformation und Demokratie als lebendigen Prozess. Der Antrag erwähnt Nachhaltigkeit und Partizipation, bleibt aber vage — ohne Verankerung in ökologischen Grenzen, Suffizienz oder systemischer Kritik an Großveranstaltungen als Ressourcenverbraucher.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

WAHLPROGRAMM

9/10

Der Antrag entspricht vollständig dem FDP-Wahlprogramm: Förderung von Großsportveranstaltungen, Modernisierung der Sportstätteninfrastruktur, Betonung von Individualität, Leistung und Freiheit im Sport, sowie Vertrauen in die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger (Ratsbürgerentscheide). Auch die Verbindung zu Digitalisierung und Mobilität ist abgedeckt.

„Großsportveranstaltungen unterstützen Unser Sportland zeichnet sich durch die Ausrichtung nationaler und internationaler Sportgroßveranstaltungen aus.“

FDP NRW Wahlprogramm 2022, S. 51

PARTEIPROGRAMM

8/10

Die Karlsruher Freiheitsthesen betonen Freiheit, Eigenverantwortung und die Rolle des Sports als Raum für individuelle Entfaltung. Der Antrag greift dies auf — allerdings ohne kritische Reflexion der staatlichen Rolle bei Großveranstaltungen (z. B. Risikoübernahme, Haftung, Subventionen), was im liberalen Programm wichtig wäre.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

AfD

WAHLPROGRAMM

2/10

Der Antrag widerspricht zentralen AfD-Positionen: Er befürwortet internationale Zusammenarbeit, EU-integrierte Sportpolitik ('Herz Europas'), Migration als Bereicherung (implizit durch Vielfalt bei Volunteers) und eine 'offene Gesellschaft'. AfD lehnt Großveranstaltungen als 'Brüsseler Planwirtschaft' ab und kritisiert 'Klimaideologie' — hier wird Nachhaltigkeit positiv besetzt.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

1/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 3

Original: Der Landtag betont, dass von einer erfolgreichen Bewerbung nachhaltige Impulse für den Leistungs-, Breiten- und Schulsport sowie für Infrastruktur, Mobilität und Digitalisierung setzen wird.

Der Landtag betont, dass von einer erfolgreichen Bewerbung nachhaltige Impulse für den Leistungs-, Breiten- und Schulsport sowie für Infrastruktur, Mobilität und Digitalisierung ausgehen werden — unter Einhaltung der Gemeinwohl-Matrix 2.0: mit Tariftreue bei allen öffentlichen Vergaben, Gemeinwohlbilanzierung aller neu errichteten Sportstätten und Priorisierung von barrierefreiem, klimaneutralem ÖPNV statt Straßenbau.

Begründung: Stärkt GWÖ-Felder B1 (Tariftreue), D3 (Ökologische Nachhaltigkeit) und D4 (Soziale Gerechtigkeit) durch konkrete, umsetzbare Verpflichtungen.

Vorschlag 2 von 3

Original: Der Landtag spricht sich weiterhin für eine transparente, nachhaltige und verantwortungsvolle Bewerbung und Durchführung aus.

Der Landtag spricht sich weiterhin für eine transparente, nachhaltige und verantwortungsvolle Bewerbung und Durchführung aus — mit verbindlicher Veröffentlichung aller Kosten-Nutzen-Analysen, einer unabhängigen Gemeinwohlprüfung durch die Landeszentrale für politische Bildung und einer Bürger:innenkonferenz zur finalen Entscheidung vor IOC-Vergabe.

Begründung: Verankert Transparenz & Mitbestimmung (D5) und Solidarität (D2) institutionell — statt symbolischer Bürgerbeteiligung nur im Vorfeld.

Vorschlag 3 von 3

Original: Der Landtag betont die Bedeutung der Olympischen und insbesondere der Paralympischen Spiele für Inklusion, Teilhabe und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Der Landtag betont die Bedeutung der Olympischen und insbesondere der Paralympischen Spiele für Inklusion, Teilhabe und gesellschaftlichen Zusammenhalt — und beschließt, dass mindestens 30 % aller neuen Sportstätten- und Mobilitätsinvestitionen ausschließlich für barrierefreie, inklusive und gemeinwohlorientierte Projekte reserviert werden, die von Behindertenverbänden, Migrantenselbstorganisationen und Jugendinitiativen mitgestaltet werden.

Begründung: Transformiert rhetorische Inklusionsforderung in konkrete, verteilterische Handlung — stärkt D4 (Soziale Gerechtigkeit) und D2 (Solidarität) mit messbarem Anteil.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

Mehrheit deckt sich mit GWÖ-Empfehlung — Empfohlen: Unterstützen mit Änderungen; Beschluss: Angenommen.

Angenommen · MMP18-127

Ja: CDU FDP GRÜNE SPD Nein: AfD

Original-Antrag

Drucksache 18/20421

Gemeinsam für Olympische und Paralympische Spiele in Deutschland · Rücke·

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

07.07.2026

Antrag

**der Fraktion der CDU
der Fraktion der SPD
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Fraktion der FDP**

Gemeinsam für Olympische und Paralympische Spiele in Deutschland – Rückenwind aus Nordrhein-Westfalen nutzen

I. Ausgangslage

„Die Zeichen sind eindeutig: Die Begeisterung für Olympische und Paralympische Spiele in Deutschland ist kein regionales Phänomen.“ So lautete das Fazit von DOSB-Präsident Thomas Weikert nach den erfolgreichen Ratsbürgerentscheiden in den Kommunen der Bewerberregion KölnRheinRuhr um Olympische und Paralympische Spiele. Der DOSB-Vorstandsvorsitzende Otto Fricke sagte weiter: „Die Ergebnisse unterstreichen, dass das Thema Olympia den Sport wieder in die Mitte des gesellschaftlichen Interesses rückt und die Menschen aktiviert.“

Die Olympischen und Paralympischen Spiele 2024 in Paris haben sowohl international als auch national große Begeisterung ausgelöst. Neben herausragenden sportlichen Leistungen überzeugten insbesondere die Sportstätten sowie die engagierte und begeisterte Arbeit der Volunteers. Mit der Ausrichtung der Olympischen und Paralympischen Spiele geht für das Gastgeberland die Verpflichtung einher, die Grundsätze der Olympischen Charta zu achten. Diese bekennt sich ausdrücklich zur Förderung einer friedlichen Gesellschaft sowie zur Achtung und Wahrung der Menschenwürde. Jede Form von Diskriminierung steht im Widerspruch zur Olympischen und Paralympischen Idee. Olympischen und Paralympischen Spielen kommt daher auch der Auftrag zu, als internationale Sportgroßveranstaltung ein Fest der Völkerverständigung zu sein, bei dem faire Wettbewerbe und die individuelle Leistung des Einzelnen im Vordergrund stehen.

Diese außergewöhnliche Stimmung hat eine Bewerbung Deutschlands für Olympische und Paralympische Spiele beflügelt. Nordrhein-Westfalen hat dabei frühzeitig Verantwortung übernommen und gemeinsam mit den Städten der Region KölnRheinRuhr seine Bereitschaft erklärt, maßgeblich zum Erfolg einer deutschen Bewerbung beizutragen.

Die breite Unterstützung in der Bevölkerung ist eine zentrale Voraussetzung für eine erfolgreiche Bewerbung. In Nordrhein-Westfalen haben die Bürgerinnen und Bürger diese Unterstützung nun eindrucksvoll unter Beweis gestellt. In den beteiligten Städten haben sich die Menschen im Rahmen von Ratsbürgerentscheiden mit 66 Prozent Zustimmung deutlich für eine Bewerbung ausgesprochen, bei einer historischen Beteiligung und insgesamt rund 1,4 Millionen abgegebenen Stimmen – mehr als bei jeder bisherigen Olympia-Bewerbung weltweit.

Datum des Originals: 07.07.2026/Ausgegeben: 08.07.2026

Damit verfügt die Bewerbung KölnRheinRuhr über die breiteste demokratische Legitimation und gesellschaftliche Unterstützung in der Geschichte Olympischer und Paralympischer Bewerbungen. Dieses klare Votum der Bürgerinnen und Bürger stärkt zugleich die deutsche Bewerbung im internationalen Auswahlverfahren des IOCs. Olympische und Paralympische Spiele werden damit als gemeinsames Projekt verstanden, das von einer breiten gesellschaftlichen Basis getragen wird.

II. Beschlussfassung

Der Landtag stellt fest:

- Der Landtag bekräftigt das Ziel, gemeinsam an einer Bewerbung um die Ausrichtung Olympischer und Paralympischer Spiele in Deutschland festzuhalten und diese weiter aktiv zu verfolgen.
- Der Landtag begrüßt ausdrücklich die erfolgreichen Ratsbürgerentscheide in den beteiligten Städten Nordrhein-Westfalens, mit denen die Bürgerinnen und Bürger ihre Unterstützung für eine Bewerbung von KölnRheinRuhr klar zum Ausdruck gebracht haben.
- Der Landtag stellt fest, dass die Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Entscheidung zugleich das kompakte, nachhaltige und innovative Konzept der Bewerbung KölnRheinRuhr sowie die langjährige Erfahrung Nordrhein-Westfalens bei der Ausrichtung internationaler Sportgroßveranstaltungen bestätigt haben.
- Der Landtag stellt fest, dass diese demokratisch legitimierte Zustimmung von 66 Prozent bei rund 1,4 Millionen abgegebenen Stimmen ein entscheidender Beitrag für die gesellschaftliche Verankerung einer Bewerbung ist und die Erfolgsaussichten eines deutschen Konzepts deutlich stärkt.
- Der Landtag stellt fest, dass sich die Bundesregierung klar zu einer deutschen Bewerbung um Olympische und Paralympische Spiele bekennt und ihre Unterstützung für einen entsprechenden Bewerbungsprozess in Aussicht gestellt hat.
- Der Landtag begrüßt, dass Nordrhein-Westfalen und die beteiligten Städte weiterhin bereit sind, sich im Rahmen eines nationalen Bewerbungskonzepts aktiv einzubringen.
- Der Landtag betont, dass von einer erfolgreichen Bewerbung nachhaltige Impulse für den Leistungs-, Breiten- und Schulsport sowie für Infrastruktur, Mobilität und Digitalisierung setzen wird. Dazu zählen auch positive Auswirkungen auf die Modernisierung von Sportstätten.
- Der Landtag betont die Bedeutung der Olympischen und insbesondere der Paralympischen Spiele für Inklusion, Teilhabe und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Das Bekenntnis zur Paralympischen Idee ist verbunden mit dem Bekenntnis zur Stärkung des Parasports, der Inklusion und der Barrierefreiheit.
- Der Landtag ist überzeugt, dass eine erfolgreiche Bewerbung um Olympische und Paralympische Spiele weit über den Sport hinaus neue Impulse für Nordrhein-Westfalen in Sport, Kultur, Gesellschaft und Wirtschaft setzen wird.

- Der Landtag unterstreicht, dass die Olympischen und Paralympischen Spiele einen Mehrwert für die Gesellschaft liefern, der weit über den Sport hinausgeht, und Deutschland als attraktiven und leistungsfähigen Lebens- und Wirtschafts- und Sportstandort im Herzen Europas international sichtbar machen.
- Der Landtag hebt hervor, dass die Bewerbung KölnRheinRuhr mit einem kompakten, nachhaltigen und innovativen Gesamtkonzept überzeugt, das sich an den Bedürfnissen der Athletinnen und Athleten orientiert und die UN-Nachhaltigkeitsziele berücksichtigt.
- Der Landtag spricht sich weiterhin für eine transparente, nachhaltige und verantwortungsvolle Bewerbung und Durchführung aus.
- Der Landtag unterstreicht, dass die Olympischen und Paralympischen Spiele in der Mitte der Gesellschaft verankert sein müssen und begrüßt, dass diese Voraussetzung in Nordrhein-Westfalen durch die klar positiven Bürgerentscheide in besonderer Weise erfüllt ist.
- Der Landtag ist überzeugt, dass Nordrhein-Westfalen als Sportland Nr. 1 mit seiner leistungsfähigen Infrastruktur und seinen erfolgreichen Athletinnen und Athleten hervorragende Voraussetzungen für eine erfolgreiche Bewerbung bietet.
- Der Landtag sieht in der breiten gesellschaftlichen Unterstützung eine besondere Chance, die Bewerbung aus Nordrhein-Westfalen heraus weiter voranzubringen und auf nationaler Ebene maßgeblich zu stärken.

Thorsten Schick
Matthias Kerkhoff
Gregor Golland
Jens - Peter Nettekoven
Bernhard Hoppe-Biermeyer

und Fraktion

Wibke Brems
Mehrdad Mostofizadeh
Jule Wenzel
Marc Zimmermann

und Fraktion

Jochen Ott
Ina Blumenthal
Lisa-Kristin Kapteinat
Tülay Durdu

und Fraktion

Henning Höne
Marcel Hafke
Christof Rasche

und Fraktion